

Bernd Röttger

In Memoriam Gilbert Ziebura (1924 – 2013) Zur Aktualität einer Analyse struktureller Bestimmungsfaktoren politischer Handlungskorridore

Gilbert Ziebura ist am 21. Februar 2013 gestorben. Einige von uns hat er während seiner Tätigkeit an der FU Berlin (1964-1974), der Universität Konstanz (1974-1978) und schließlich der TU Braunschweig (1978-1992) nachhaltig geprägt. Legendar sind seine Vorlesungen, die das Zusammenwirken von (welt-)ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen den Studierenden bildlich werden ließen.¹ Ohne mit oberlehrerbehaftetem Habitus an der Begründung einer eigenen 'Schule' interessiert zu sein, haben sich an allen Orten seines Wirkens „Zieburisten“ herausgebildet. Ob diese Titulierung seiner 'Schüler' als Anerkennung oder als Schimpfwort gemeint war, habe ich bis heute nicht verstanden. Gilbert verwendete solche Termini kaum. „Oberlehrerhymnen“ brachten ihn eher – wie es in F.J. Degenhardts „Adieu Kumpanen“ heißt – „zum Kotzen“. Viele seiner 'Schüler' haben sich im Laufe der Zeit von ihm emanzipiert, eigene Positionen entwickelt – ich natürlich auch. Er hatte Respekt davor, arbeitete sogar darauf hin, über ihn hinauszudenken. Er akzeptierte uns, wie wir waren – mit unseren Fehlern, Unzulänglichkeiten, Unkenntnissen, die er wohl immer wieder wahrnehmen musste. Für viele von uns wurde er genau deshalb zu einem sehr guten Freund.

I.

Unsere wissenschaftliche Zusammenarbeit begann nach dem Abschluss meines Studiums in Berlin, Braunschweig und Hamburg Ende der 1980er Jahre. An der TU Braunschweig galt er – seinen eigenen Worten zufolge – als „roter Professor“, gleichbedeutend mit Störenfried, der es darauf anlegte, die von einer Professorenoligarchie kontrollierten Machtverhältnisse zu durchkreuzen“ (2009:

1 Gemeinsam mit Michael Bonder beabsichtige ich seine an der TU Braunschweig gehaltene 2-semesterige Vorlesung „Grundmuster der Weltpolitik und Weltwirtschaft nach 1945“ herauszugeben. Seine handschriftlichen Aufzeichnungen dazu liegen uns vor.

300)². Seine Isolierung im akademischen Betrieb und sein Rückzug in einen „Dienst nach Vorschrift“ (ebd.) hinderten ihn allerdings nicht, intensiv mit den Studierenden zu arbeiten. Mit einigen von ihnen entstand 1989 die Idee, einen Forschungsprojektantrag zu formulieren. Schon diese erste Zusammenarbeit bildete nicht nur eine Lehrstunde in akribischer Forschung; sie vermittelte durch lebhaftige Debatten, die wir führten, und das gemeinsame Ringen um Fragestellung und Forschungsdesign auch echte Freude an wissenschaftlicher Arbeit.

Das Projekt befasste sich mit dem Wechselverhältnis von zunehmend globaler Kapitalverflechtung, fortschreitender regionaler Integration und andauernder Restrukturierung nationalstaatlicher Politik. Wir vermuteten einen unauflösbaren Zusammenhang zwischen diesen Prozessen, fragten nach Bedingungen und Spielräumen eigenständiger europäischer Antworten. In gewisser Weise sollte das Projekt eine Fortsetzung des von der DFG geförderten Projektes „Internationalisierungsprozess, Staatsinterventionismus und gesellschaftliche Entwicklung in Europa“ bilden, das Gilbert in den Jahren 1976-78 an der Universität Konstanz leitete und nach Veränderungen der „Staatsapparate durch die Internationalisierung nicht nur von ‘außen’, sondern auch von ‘innen’“ fragte, letztlich, wie die Internationalisierung des Kapitals die „Auflösung und Neuformierung von Klassenbündnissen“ bewirkt (1979: 258). Der Antrag wurde von den Gutachtern der DFG mit der Begründung abgelehnt, die Fragestellung sei wissenschaftlich irrelevant, theoretisch zu aufgeladen. Von einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, die „nach der Dialektik von strukturellen Bedingungen und konkretem außenpolitischem Entscheidungsprozess“ fragte und das „Mischverhältnis“ von „externen und internen Bestimmungsfaktoren des gesellschaftlichen Wandels“ thematisierte (1990a: 90 bzw. 101) wollte man dort offensichtlich nichts mehr wissen.

Nur kurze Zeit später begannen jene, die dem Antrag Irrelevanz attestierten, von ‘Varieties of Capitalism’ zu schwafeln – nun aber weitgehend auf der Grundlage „impressionistischer Deskription und im juristischen steckenbleibender Analyse“ (1973: 293), um die Stabilität der institutionalisierten Kapitalismustypen auch in Zeiten von Umbrüchen der kapitalistischen Weltökonomie verkünden zu können. Genau diesen Blödsinn glaubten wir schon damals nicht: weder, dass politische Institutionen aus sich selbst heraus erklärt werden können und dass Strukturen der Weltökonomie nicht im Innern der politischen Regulationsverhältnisse walteten (Ziebura sprach davon, dass eine Politische Wissenschaft „durch systematische Vernachlässigung“ der immer gewichtiger werdenden Weltökonomie, notwendig „verkümmere“, 1978: 76), noch dass angesichts „der Fülle des historischen Stoffes [...] jeder Versuch der Theoriebildung zerschellen“ müsse (1989: 432).

2 Alle folgenden Zitate und Verweise aus den im Literaturverzeichnis aufgeführten Texten von Gilbert Ziebura.

Einem inneren Zwang zum Widerspruch gehorchend schrieben Gilbert, Michael Bonder und ich 1992 das Buch *Deutschland in einer neuen Weltära*, um der zur Institutionenlehre verkümmerten Politischen Wissenschaften die Erklärungskraft eines 'holistischen' Erklärungsansatzes vorzuführen. Schließlich hatten sich mit der Implosion des sozialistischen Weltsystems nicht nur die globalen Verwertungsbedingungen des Kapitals nochmals gründlich verändert; auch die verkündete „neue Weltordnung“ unter den Imperativen des kapitalistischen Weltsystems begann mit dem Golfkrieg als „Missgeburt“ (1991). Die 'reife' Politikwissenschaft schien uns denkbar ungeeignet, den inneren Zusammenhang zwischen neuer kapitalistischer Expansion, Umwälzungen in der internationalen Politik, der europäischen Integration und der Restrukturierung innergesellschaftlicher Regulation überhaupt zu erfassen. Wir wurden 'Kumpanen' in einem immer widriger werdenden Wissenschaftsbetrieb. Wir diskutierten die Textfragmente zu diesem Buch in harten inhaltlichen Auseinandersetzungen in Gilberts Universitätsbüro – teilweise bis zu 12 Stunden lang. Während Michael Bonder und ich nach diesen Debatten kurz vor der kompletten Erschöpfung standen, lebte Gilbert darin auf. Nach seiner Emeritierung – im Anschluss an seine letzte Vorlesung überreichten ihm Studierende rote Rosen und roten Wein, Vertreter der Universität fehlten – setzten sich diese Debatten in der von ihm „Katakomben“ genannten privaten Arbeits- und Schreibstube fort. Und auch hier folgte den Debatten immer ein Ausklang bei gutem Essen und Wein. In seiner Autobiographie beschreibt Gilbert die Buchproduktion so:

„Parallel zu den Ereignissen, die 1991 über die weltpolitische Bühne gingen, geschah etwas im akademischen Leben ganz und gar Außergewöhnliches. Genährt von gemeinsamer Arbeit in den Seminaren entwickelte sich spontan zwischen mir und meinen beiden wichtigsten Mitarbeitern und Doktoranden, Michael Bonder und Bernd Röttger, eine intensive, leidenschaftliche, fast fiebrige Debatte, mit der wir als Wissenschaftler der internationalen Beziehungen zu verstehen versuchten, was wir hautnah an Veränderungen erlebten. Dann tauchte die Idee auf, unsere Reflexionen in einem Buch zu verarbeiten, die einzelnen Partikel der Wirklichkeit zu einem Puzzle in der Hoffnung zusammensetzen, Umrisse einer Gesamtschau zu bieten. Das zwang uns, unsere Analysen und Interpretationen auf den Punkt zu bringen und klar und verständlich zu formulieren.“ (2009, 360)

Gilbert Ziebura war so ein Mann der klaren, geschliffenen Formulierung. Und das in einem Forschungsfeld, in dem komplexe Wechselverhältnisse von Ökonomie, Gesellschaft und Politik sowie das Zusammenspiel von Weltmarkt und innergesellschaftlicher Entwicklung – und das auch noch in historischer Perspektive – im Zentrum standen. In der Regel dominiert in diesem Feld unverständliches wissenschaftliches Gestammel. Kurt Tucholsky hat das in seinem *Kurzen Abriss der Nationalökonomie* (veröffentlicht in: *Die Weltbühne*, 15. September 1931) vorgeführt. Er beginnt mit klaren Worten: „Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben“ – und er endet, weil er den

Stand wissenschaftlicher Erkenntnis referieren möchte, in einem Gestammel, weil der Weltmarkt die Dinge irgendwie komplizierter mache: „Der Wohlstand eines Landes“ basiere nun „auf seiner aktiven und passiven Handelsbilanz [...], auf seinen innern und äußern Anleihen sowie auf dem Unterschied zwischen dem Giro des Wechselagios und dem Zinsfluss der Lombardkredite“. „Bei Regenwetter“ sei das aber „umgekehrt“. Zudem zeige die Empirie, dass „jeden Morgen“ bei Staatsbanken „der sog. ‘Diskont’ ohnehin ausgewürfelt“ werde. Seine Analyse endet im Gipfel wissenschaftlicher Erkenntnis der Zeit: „Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.“

In gewisser Weise – nun aber ohne jeden Hauch von Ironie – hat die reife Politikwissenschaft diese Erkenntnis Tucholskys immer wieder reproduziert. Verflechtung hieß nun Interdependenz – und das Wundern der Menschen, warum sie unter welchen Verhältnissen über kein Geld verfügten hatte sich natürlich vollständig aus den wissenschaftlichen Fragestellungen verflüchtigt.

Bei Gilbert Ziebura liest man es ganz anders: ökonomische Verflechtungsprozesse interpretierte er immer schon als Dynamiken, die „mit einer Entdemokratisierung“ einhergehen, „was nichts anders heißt, als dass sie auf Kosten der ökonomische und sozial Schwachen stattfinden“ (1973: 299). Eine Politische Wissenschaft, die Demokratie ohne Gesellschaftsbegriff, Gesellschaft ohne Herrschaft und ohne einen Begriff kapitalistischer Produktionsweise, und nationale Entwicklung ohne einen Begriff des Weltmarkts denkt, musste ihren Gegenstand notwendig verfehlen. Interdependenz als Folge kapitalistischer Weltmarktbeziehung verlaufe „asymmetrisch“ und schaffe „neue Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse“ (1976: 2). Sein Erkenntnisinteresse richtete sich folglich auf die „heimtückischen Nackenschläge der Interdependenz“ (1988a: 19), die bestimmte politische Handlungsspielräume immer wieder limitieren. In brillanten Analysen der französischen Gesellschaftsformation hat Gilbert den Zusammenhang zwischen der Stellung des französischen Produktionsapparats in der Hierarchie der Weltarbeitsteilung und der Verhinderung politischer Alternativen dort, immer wieder deutlich gemacht. Kurzum: Weltmarkt war für ihn – wie er in Anlehnung an Francois Perroux formulierte – immer nur das „Kampffeld ungleicher Gruppen und Staaten, auf dem der Stärkere dem Schwächeren sein Gesetz auferlegt“ (1973: 297). Klartext. Und wie die ‘Weltmarktgesetze’ jenseits abstrakter Kapitallogik im Innern der Gesellschaftsformationen walten, hat er schon früh als Mechanismen einer „transnationalen Herrschaftssynthese“ identifiziert: als Formen einer „relativ stabilen Konfiguration von Gruppen mit kompatiblen Interessenlagen einschließlich der Mechanismen der internen und externen Stabilisierung solcher Koalitionen“ (1974: 27).

Von diesem ‘gesamtgesellschaftlichen’, der Herrschaftskritik verpflichteten Ansatz konnte man viel lernen, erst recht, wenn man, wie ich, 1981 in einer Zeit

sein Studium begann, in der in Frankreich ein Bündnis aus Sozialisten und Kommunisten sich anschickte, den 'neoliberalen Konterrevolutionen' eine Alternative entgegenzusetzen. Wie viele glaubte ich an solche 'Experimente', bekleckerte mich aber tatsächlich nur gründlich mit Illusionen. Die analytische Bestimmung von Handlungskorridoren hätte vor solcher Illusionierung bewahren können. Damals aber war mir das Forschungsprogramm Gilberts noch nicht vertraut. Ich hatte noch nicht gelernt, „unter der Oberfläche konjunktureller Erscheinungen langfristig wirkende strukturelle Bedingungsfaktoren zu erkennen, was dann [...] gestattet, die Frage nach dem Handlungsspielraum zu stellen“ (1984: 13). Mit anderen Worten: die Verhältnisse von *Mythen und Realitäten* – so der Untertitel seines Standardwerks zu den deutsch-französischen Beziehungen (1970/1997) – waren mir noch nicht klar.

II.

Seine historische Untersuchung von *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931* steht paradigmatisch für einen theoriegeleiteten Ansatz, der den „Zusammenhang von Politik, Ideologie und Ökonomie, von innergesellschaftlichen und externen Krisenfaktoren als *Einheit*“ (1984: 10) in stande ist, in durchgeführte Analyse zu übersetzen. Gilbert zeigt hier, wie „bereits am Beginn einer zweifellos noch stürmischen Entfaltung [von weltwirtschaftlich-vermittelten Krisentendenzen der Gesellschaften, B.R.], irreversible Fakten für die Zukunft der kapitalistischen Weltökonomie“ geschaffen werden (1996: 95). In dieser Analyse materialisiert sich sozusagen die These der Dialektik von Struktur und Ereignis, von externen und internen Bestimmungsfaktoren in einer hochgradig aktuellen Heuristik von Handlungskorridoren in 'großen Krisen' und vermeintlichen historischen Zäsuren der kapitalistischen Entwicklungsgeschichte.

Eine solche Analyse wurde möglich, weil die Untersuchung kapitalistischer Bewegungsgesetze jeder Primatsvorstellung, sei es der Ökonomie, sei es der Politik, abschwört und sich auf „die unentwerrbare wechselseitige Durchdringung von Politik und Ökonomie“ (1984: 15) konzentriert. Ziebura entfaltet eine vielschichtige Analyse, wie sich in den 1930er Jahren „in Antwort auf die Weltwirtschaftskrise der Trend zur Politisierung der Ökonomie voll durchsetzt“ (16). Er setzt mit der Analyse von Fehlentwicklungen der kapitalistischen Weltökonomie und des Weltsystems seit 1924 an, skizziert die Herausbildung einer auf fordistischer Kapitalakkumulation basierenden Dominanzposition der USA, die jedoch durch Widersprüche charakterisiert ist: „Die von den republikanischen Administrationen systematisch unterstützte Privilegierung des Kapitals zu Lasten der Arbeit musste zwangsläufig zur Überakkumulation führen, wenn die Entwicklung der

Masseneinkommen nicht Schritt hielt. „Der reale Stundenlohn der Industriearbeiter stieg zwischen 1920 und 1929 aber lediglich um 2 %, das Einkommen aus Gewinnen und Renten dagegen um 45 % (50f.). Zudem setzte das „Funktionieren des fordistischen Wachstumsmodells eine Öffnung der Weltwirtschaft“ voraus, „um auf diese Weise die innere Entwicklung von außen her abzusichern“ (145). Tatsächlich aber „ergriffen die Regierungen Maßnahmen, die sämtlich dazu beitrugen, den Zerfallsprozess der Weltwirtschaft noch dadurch zu beschleunigen, dass sie die Austauschbeziehungen einer sich ständig verschärfenden nationalstaatlichen Kontrolle unterwarfen“ (147). Diese Widersprüche analysiert Ziebura auch als Ergebnis von Verschiebungen im Verhältnis von Kapital und Arbeit, des „Drucks der revoltierenden Arbeitermassen“ (17), der die Bourgeoisien auf der einen Seite zu Konzessionen zwingt (indem Schutzmechanismen gegenüber der Gesetzen des Arbeitsmarktes und der Weltmarktes ergriffen werden), auf der anderen Seite aber die Macht des Kapitals nicht bricht und so die Niederlagen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen vor der Krise vorbereitet, die dann die Formierung einer angemessenen Krisenüberwindungsstrategie verunmöglichen.

Die Versuche konservativ-restaurativer Restabilisierung der sozialökonomischen Herrschaftsstrukturen ebneten entweder den Weg in den Faschismus, oder aber die Industrieländer entfalteten „die Kraft zu einer alternativen Krisenüberwindungsstrategie (Roosevelts New Deal; Volksfront in Frankreich)“ oder verabschiedeten sich wenigstens „wie in England [...] die Konservativen [...] von liebgewordenen Vorstellungen (Pfund-Abwertung)“ (182). Ziebura analysiert die strukturellen Hintergründe und politisch-gesellschaftlichen Prozesse, die eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise zu einer „großen Krise“ machen, zu einem *Movens* der Umwälzung des Regulationsmodells. Und das weitaus präziser, bevor der Begriff der „großen Krise“ mit der Popularisierung der Regulationstheorie seinen Höhenflug antrat.

Seine Untersuchung schließt in einer bemerkenswerten krisenvergleichenden Perspektive:

„Zwar wird [in der Krise der 1970er Jahre, B.R.] erneut auf traditionelle Elemente einer vorkeynesianisch-deflationären Politik zurückgegriffen [...]. Andererseits erfährt diese Politik heute eine bezeichnende Ergänzung durch die Einführung angebotsorientierter Ziele und Instrumente zugunsten der Kapitaleseite, um auf diese Weise eine gravierende Ursache der Krise, den Rückgang der produktiven Investitionen zu bekämpfen [...]. Tatsächlich geht es heute letztlich darum, einen Prozess der Umstrukturierung und Anpassung der nationalen Volkswirtschaften an veränderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen [...] mit allen Mitteln zu fördern. Insofern haben die konservativen Regierungen die Konsequenz aus der Tatsache gezogen, dass es sich heute um eine Krise der Kapitalverwertung selber handelt. Hier stoßen wir auf den entscheidenden Unterschied zur Weltwirtschaftskrise von 1929 [...]. Damals handelte es sich [...] um die Krise eines extensiven Wachstumsmodells. Es war dadurch gekennzeichnet, dass die Profite der Unternehmer schneller anstiegen als die Einkommen der Verbraucher. Mithin handelte es sich um eine Krise der ‘Realisierung’.

[...] Andererseits ist, im Gegensatz zu den 30er Jahren, eine alternative Krisenüberwindungsstrategie jenseits von Konservatismus und überholtem Keynesianismus auch nicht in Umrissen in Sicht. Dazu wäre eine einschneidende Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse erforderlich. Zugleich tragen Supermacht-Konfrontation und Rüstungswettlauf dazu bei, jene innergesellschaftlichen wie internationalen Verhältnisse zu zementieren, die gerade die Ursache der Krise sind.“ (183ff.)

Ziebur fragt in seiner Schlussbetrachtung nach dem prozessierenden Zusammenwirken „zwischen den Krisenursachen und den Methoden zu ihrer Überwindung“ (177). Er wirft die Frage nach dem Verhältnis von objektiven, in der historischen Struktur der Kapitalakkumulation verankerten Bedingungsfaktoren kapitalistischer Reproduktion und den sich unentwerrbar in den gesellschaftlichen Machtverhältnissen konkretisierenden Handlungskorridoren demokratischer Krisen- und Gesellschaftsveränderung auf. In vielen neueren Publikationen wird die Krise des Kapitalismus seit 2008 erneut als „große Krise“, als Krise eines spezifischen kapitalistischen Entwicklungsmodells interpretiert. Konkrete Analysen des Zusammenspiels von strukturellen Bedingungen und politischen Ereignissen, auf deren Grundlage die Krisenprozesse erst als „große Krise“ bestimmt werden können, bleiben dann aber in der Regel stark hinter der ‘starken These’ zurück. Die aktuelle Krise des Kapitalismus ‘gesamtgesellschaftlich’ zu analysieren, wäre – in Gilberts Worten – erneut „des Schweißes der Edelsten würdig“ (1996: 104).

III.

Auch weil eine solche, herrschaftskritische, zugleich aber die Restriktionen und Gegenkräfte demokratischer Veränderung thematisierende Analyse, auf der *realistische* Handlungskorridore für Alternativen zu bestimmen wären, eher marginalisiert ist, nicht einmal am Horizont aufzublitzeln scheint, lässt sich insbesondere in der BRD erneut ein „Totalitarismus der Mitte“ (1988b: 30) beobachten. Er wird immer wieder zum Humus einer restaurativ-perspektivlosen Politik, eines „kümmerlichen, deprimierenden Durchwurstelns (‘Inkrementalismus’), das irgendwann in der Sachgasse enden wird“ (1996: 105).

Überall, wo Gilbert ein solches „Gedränge in der Mitte“ aufspürte, veranlasste es ihn, gespeist durch seine „Leidenschaft für und Leiden an und durch Politik“ (2009: 1), zu scharfen Kommentierungen (z.B. „Canossa-Gang nach Oggersheim“, 1990b). Auch diese Kommentare werden fehlen.

Zuletzt hat er die seine Forschung und Lehre tragende Analyse der Dialektik von strukturellen Bedingungen und konkreten politischen Entscheidungsprozessen in die Formel der „zermürbenden Dialektik zwischen Freiheit und Notwendigkeit“ gebracht, dem „Wünschbaren“ und dem „Machbaren“ (2009: 2). Eine andere Wendung für Antonio Gramscis „Pessimismus des Verstandes,

Optimismus des Willens“. Auch weil sich die Analyse zementierter Machtverhältnisse den waltenden Restriktionen für durchsetzungsfähige Alternativen zur kapitalistischen Vergesellschaftung stets bewusst ist, bezeichnete Gilbert Ziebur den Linksintellektuellen als den „geborenen Sisyphus, der sich vor nichts so hüten muss, wie seine gute Laune zu verlieren“ (1988b: 19). Seine Autobiografie schließt mit dem Satz: „Ich bin bei diesem Versuch gescheitert, hoffe nun auch diejenigen, die nicht aufhören, dem ‘Reich der Freiheit’ gegenüber dem ‘Reich der Notwendigkeit’ eine Chance zu geben, uns es besser zu machen, als es mir vergönnt war.“ (2009: 386)

Er bezeichnete seine Vision als eine „linksliberale“, die sich dadurch auszeichne, in jeder historischen Situation „Alternativen auszuloten, den Raum politischer Vorstellungskraft zu erweitern, autistisch verkrustete Machtstrukturen aufzusprengen...“ (ebd.: 389). Ich halte diese Bezeichnung für ideengeschichtlich zumindest unglücklich und wollte mit ihm noch darüber streiten. Unbestritten ist, dass ihm die politische Philosophie immer als „unabdingbarer Bestandteil jeder politischen Theorie“ galt, weil nur sie „Ausgangspunkt und Grundlage für konkrete Handlungsanweisungen“ sein kann (1978: 67f.). In diesem Sinn kommt seine „linksliberale Vision“ der von Bert Brecht bei Marx gefundenen „Großen Methode“ gleich: „Die *Große Methode* ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen. Sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen.“ (Brecht, Me-ti, GW 12: 475).

Genau diese „Große Methode“ konnte uns Gilbert immer neu lehren. Sein Tod reißt eine Lücke, die nicht zu schließen ist. Aber wir versuchen, weiterzuarbeiten, solange jedenfalls, wie wir uns irgendwie ‘bei Laune’ halten können. Adieu Kumpan und Freund!

Literatur

- Ziebur, Gilbert (1970/1997): *Die deutsch-französischen Beziehungen. Mythen und Realitäten*, Pfullingen bzw. Stuttgart.
- (1973): Zusammenfassung: Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit. In: *Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme. Schriften des Forschungsinstituts für Auswärtige Politik*, Bd. 33, München, 293-311.
 - (1974): *Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Forschungsstrategie und -programm eines Sonderforschungsbereichs*, Berlin/W. (mit Franz Ansprenger u. Gerhard Kiersch).
 - (1976): Strukturprobleme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. In: *Strukturprobleme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Referate und Diskussionen des III. deutsch-französischen Kolloquiums*, Ludwigsburg, 1-17.
 - (1978): Politische Wissenschaft. In: Manfred Timmermann (Hg.), *Sozialwissenschaften. Eine multidisziplinäre Einführung*, Konstanz, 63-81.
 - (1979): *Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion*, Frankfurt/M. (mit Christian Deubner, Udo Rehfeldt u. Frieder Schlupp).

- (1984): *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch*, Frankfurt/M.
- (1988a): Frankreich 1988: ein prekärer Schwebzustand. In: *Frankreich-Jahrbuch 1988*, Opladen, 13-29.
- (1988b): Über das Chamäleonhafte linker Intellektueller. In: *PROKLA 70*, 19-32.
- (1989): Der Staat – das unbekannte Wesen? In: *Leviathan*, 17. Jg, H. 3, 432-443.
- (1990a): Die Rolle der Sozialwissenschaften in der westdeutschen Historiographie der internationalen Beziehungen. In: *Geschichte und Gesellschaft 16*. Jg., H. 1, 79-103.
- (1990b): Canossa-Gang nach Oggersheim oder das Ende der Opposition. In: *Leviathan*, 18. Jg., H. 3, 309-316. - (1991): Der Golfkrieg oder die Missgeburt der 'neuen Weltordnung'. In: *Leviathan*, 19. Jg., H. 2, 159-165.
- (1992): *Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen*, Opladen (mit Michael Bonder u. Bernd Röttger).
- (1996): Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke. In: *PROKLA 102*, 85-106.
- (2009): *Kritik der 'Realpolitik'. Genese einer linksliberalen Vision der Weltgesellschaft. Autobiografie*, Münster.

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

301 Neugründung Europas als passive Revolution?

M. HEINRICH & B. JESSOP: Die EU-Krise aus Sicht der Kulturellen Politischen Ökonomie

H.-J. BIELING: Krisenkonstitutionalistische Transformation des EU-Imperiums

K.G. ZINN: Eine keynesianische Einschätzung der Euro-Krise

D. PLEHWE: Europäische Krise oder europäische Dimension der Krisen

I. SOLTY & ST. GILL: Krise, Legitimität und die Zukunft Europas

W. ADOLPHI: Vergleichbares aus DDR-Anschluss und EÜ-Griechenland-Politik

DOROTHEE BOHLE: Europas andere Peripherie: Osteuropa in der Krise

F. DEPPE: Probleme der politisch-strategischen Positionierung der Linken

ST. LEHNDORFF: Verschiedene Welten? Gewerkschaften in der europäischen Krise

ALEXANDRA SCHEELE & CLAIRE ANNESLEY: Geschlechterpolitische Implikationen der Wirtschaftskrise in GB und BRD

A. FISCHER-LESCANO & K. MÖLLER: Europa im Widerspruch von Demokratie und Kapitalismus

A. WERNER: Rechtspopulistische Opposition

Doppelheft 24 €; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand
 Abo & Versand · versand-argument@t-online.de Redaktion DAS ARGUMENT · Argument Verlag
 Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin Glashüttenstraße 28 · 20357 Hamburg
 Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270 Tel: +49-(0)40-401800-16 · argument@inkrit.org